

**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT**

Abgeordnete Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Christian Grascha und Jörg Bode (FDP)

Hat das Innenministerium verschwundene VS-Akten verschwiegen? Teil 1

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner, Christian Grascha und Jörg Bode (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 26.09.2019

Auf die Anfrage von Abgeordneten der FDP-Landtagsfraktion „Aktenführung im Geschäftsbereich des MI“ antwortete die Landesregierung auf die Frage, ob es derzeit eingestufte Akten im Geschäftsbereich des MI gebe, deren Verbleib unklar sei oder die seit mehr als einem Monat im Aktenbestand fehlten, dass ausschließlich das Landeskriminalamt Niedersachsen (LKA NI) den unklaren Verbleib eines Dokuments gemeldet habe. Bei dem betreffenden Dokument handele es sich um eine durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) übersandte Ausgabe des periodischen Informationsschreibens „BfV-aktuell“ (Drs. 18/4280). „Weitergehende Erkenntnisse zu einem ungeklärten Verbleib eingestufter Akten konnten im Rahmen der kurzfristigen Erhebung nicht erlangt werden. Im Ministerium selbst liegen Hinweise auf das Fehlen von eingestuftem Dokumenten nicht vor“ (Drs. 18/4280).

In einem Artikel vom 26.09.2019 von Dirk Maxeiner auf der Internetseite www.achgut.com wird nun berichtet, dass die Geheimschutzbeauftragte bei der Polizeidirektion Hannover bereits eine Woche vor Beantwortung der Anfrage offenbar zu anderen Ergebnissen gekommen sei. „Diesen Verdacht legen Unterlagen und Informationen nahe, die Achgut.com aus mehreren Quellen vorliegen, darunter eine Aufstellung von verschwundenen Verschluss- beziehungsweise Geheimakten aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums. Unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion werden darin über 80 - in Worten achtzig - hochsensible Akten (VS-Akten) als vermisst gemeldet. Dazu heißt es: ‚Es ist denkbar, dass ... eine kürzere Aufbewahrungsdauer festgelegt wurde, sie ordnungsgemäß vernichtet wurden und dass nur der entsprechende Vermerk (‚Vernichtungsverhandlung‘) nicht mehr auffindbar ist. Eine sichere Aussage darüber ist jedoch nicht möglich.‘“ (https://www.achgut.com/artikel/die_verschluss_sache_boris-pistorius).

Laut dem betreffenden Artikel seien diese Informationen am 24.07.2019 intern zur Beantwortung der Kleinen Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion kommuniziert worden.

1. Welche nachgeordneten Behörden und Einrichtungen wurden im Zuge der Beantwortung der Anfrage von Abgeordneten der FDP-Fraktion wann konkret abgefragt (bitte aufschlüsseln)?
2. Wann sind der Landesregierung von nachgeordneten Behörden Ergebnismittelungen zugegangen (bitte nach Behörden und Zeitpunkt aufschlüsseln)?
3. Wem aus der Landesregierung und nachgeordneten Behörden wurden diese Mittelungen/Beurteile wann zur Kenntnis gegeben?